

Bündnisgrüne und der Osten – eigentlich gar nicht so kompliziert

Es ist noch gar nicht so lang her, da waren Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland ziemlich erfolgreich: 2019 und 2021 mit Rekord-Wahlergebnissen und durch die Landesregierungen in Brandenburg, Berlin, Thüringen und Sachsen im grünen Machtzentrum "G-Kamin" angekommen. Wir veränderten die Lebensrealität Ostdeutschlands auf Landes- und Bundesebene und waren im Bundesrat oft genug das Zünglein an der Waage. Das war auch das Ergebnis eines neuen gesamtparteilichen Kurses, der Bündnis 90/Die Grünen zwischenzeitlich in Umfragen zur führenden Kraft der linken Parteien machte und neue Bevölkerungsgruppen ansprach. Da müssen wir wieder hin. Denn wer für alle Bevölkerungsgruppen relevante, zukunftsorientierte Politik machen will, der muss auch in allen Regionen Deutschlands vertreten sein.

Diese Erkenntnis gab es schon 2019 und sie führte zu einer neuen Hinwendung der grünen Bundesebene nach Ostdeutschland, nicht nur mit den Osttouren von Annalena Baerbock und Robert Habeck im Sommer 2019, sondern auch mit programmatischen Beschlüssen des Parteivorstands. Die letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass Besuche vor Ort in Schwedt oder Magdeburg und auch nicht das Überreichen von Schecks ausreichen, um in Ostdeutschland gewählt zu werden.

Mit diesem Papier möchten wir in die laufende Ost-Debatte konkret umsetzbare, ergänzende Punkte mit offenem Ausgang einspeisen, um vom Suchen und Philosophieren ins Machen zu kommen. Dieses Papier richtet sich nicht gegen andere Papiere, sondern möchte lediglich ergänzen.

Wir glauben, dass es für erfolgreiche Bündnisgrüne in Ostdeutschland besonders zwei grundlegende Veränderungen braucht:

Erstens müssen wir bundesweit wieder breitere Bevölkerungsgruppen ansprechen. Denn immer, wenn wir über das grüne Kernklientel hinaus Menschen erreichen, gewinnen wir überproportional auch in Ostdeutschland dazu – weil dort die Bevölkerungsgruppen, die nicht zur grünen Kernklientel gehören, meist deutlich überrepräsentiert sind.

Zweitens müssen wir als ostdeutsche Bündnisgrüne die Sprache der Menschen vor Ort und ihre spezifisch ostdeutschen Probleme deutlicher ansprechen, damit diese sich auch stärker bei uns wiederfinden und repräsentiert fühlen können. Im Folgenden soll ohne Anspruch auf Vollständigkeit umrissen werden, wie diese zwei Punkte realisiert werden könnten.

A) Alte Fehler, die wir künftig vermeiden sollten

1. Wir haben keine ostdeutschen Akteure als Identifikationsfiguren in der ersten Reihe, alle führenden Akteure stammen aus Westdeutschland. Ostdeutsche Anliegen glaubhaft transportieren und unter anderem Klima- und Naturschutz in Ostdeutschland mehrheitsfähig zu machen, ist eher möglich, wenn man Ostdeutschland nicht nur versteht, sondern die

Menschen einem ehrlich abnehmen, dass man durch die Verwurzelung vor Ort und ähnliche biografische Erfahrungen ihre Alltagserfahrungen und politischen Erwartungen teilt. Wählerinnen und Wähler suchen immer öfter nach Menschen, mit denen sie sich identifizieren können. Daher regen wir an, dringend auch Personen mit ostdeutschem Hintergrund nach vorn zu stellen.

2. Es gelingt uns nicht immer, für unsere bundespolitischen Themen die jeweilige Anschlussfähigkeit in den verschiedenen Bundesländern mitzudenken. Bundesweite Kommunikation muss immer Sorge tragen, dass sie in allen Landesteilen verstanden wird. Das ist in der Art und Weise, wie 2022 und 2023 beispielsweise über Außen- und Verteidigungspolitik gesprochen wurde, offensichtlich nicht passiert – und schadet bis heute.

16 Bundesländer ticken sehr unterschiedlich. Bündnisgrüne in Bremen müssen vor Ort grüne Ideen auf andere Lebensrealitäten herunterbrechen als Parteikolleg:innen in Brandenburg oder Bayern. Das ist für Union und SPD seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit – und wird als innerparteiliche Pluralität verstanden. Auch wir möchten Bündnisgrüne vor Ort, die unsere gemeinsamen grünen Ziele vor Ort so ausbuchstabieren, dass es die Menschen in ihrer jeweiligen Lebensrealität erreicht. Die dadurch entstehende Unterschiedlichkeit zwischen den Bundesländern dürfen auch wir begreifen als einen Ausdruck größtmöglicher Verbundenheit mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort.

B) Was wir besser machen könnten und wovon der Osten überproportional profitiert

1. 2019 und 2021 haben gezeigt: Steigt die Attraktivität von Bündnis 90/Die Grünen bundesweit, dann steigt sie auch in Ostdeutschland – oft sogar überproportional. Der Grund: Wenn es uns gelingt, nicht nur Gutverdienende und Akademiker:innen zu erreichen, die es in Ostdeutschland einfach nicht ganz so oft gibt, sondern auch breitere Bevölkerungsschichten, dann steigen unsere Wahlergebnisse spürbar auch in Ostdeutschland. Deshalb gilt: Alles, was auf Bundesebene dazu führt, dass wir breitere Zielgruppen erreichen, hilft immer auch in Ostdeutschland. Umgekehrt kann fast kein Format vor Ort jemals kompensieren, welche verheerenden Folgen eine bundespolitische Verengung auf die Kernklientel in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin nach sich zieht.

2. Um in breiteren Bevölkerungsgruppen wählbar zu sein, brauchen wir eine eigenständige sozialpolitische Handschrift. Wir müssen nicht nur unsere eigenen sozialpolitischen Projekte vertreten, sondern vor allem auch beweisen, dass wir sie umsetzen können. Die enormen Herausforderungen bei Pflege, Gesundheit, Rente und im Arbeitsmarkt verlangen in allen Parteien nach neuen Antworten, auch bei uns. Menschen in Ostdeutschland profitieren überproportional von funktionierenden Sozialversicherungen, denn Privatversicherte sind hier besonders selten.

3. Wir müssen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus anders bekämpfen als bislang. Die AfD ist in den letzten Monaten und Jahren trotz des Dagegenhaltens vieler Akteure stärker

geworden. Die Ursachen dafür sind komplex: Einerseits funktioniert die Brandmauer nur dann, wenn sie auch inhaltlich und nicht nur formal gehalten wird. Andererseits haben die demokratischen Parteien es versäumt nicht nur Strategien gegen die AfD zu entwickeln, sondern auch die Ursachen für ihr Erstarren zu bekämpfen. Die CDU ist weiterhin dabei, den Fehler ihrer Schwesterparteien anderer Länder zu begehen und sich inhaltlich der AfD anzunähern, in der Hoffnung dadurch Wähler:innen zu binden. Die Evidenz ist hier allerdings eindeutig: Wer extreme Rechte und Rechtspopulisten kopiert, stärkt letztlich das Original. Die AfD muss anders und vor allem strategisch bekämpft werden.

Dazu kann gehören, die Scheinheiligkeit rechtsextremer Akteure stärker zu thematisieren, die Finanzierungsströme und die Verbreitung von Falschinformationen sehr viel konsequenter zu bekämpfen als bislang und auch die inneren Widersprüche im rechtsextremen Lager stärker herauszuarbeiten. Noch wichtiger ist eine tragfähige sozialökologische Gegenerzählung, die nicht technokratisch belehrt, sondern Menschen emotional erreicht.

C) Was wir vor Ort in Ostdeutschland besser machen können

1. Ostdeutsche, Arbeiterkinder und Nicht-Akademiker:innen als Identifikationsfiguren zulassen, bedeutet auch, dass diese Menschen in unserer Partei stärker gefördert werden müssen. Junge Frauen in Deutschland wissen, mit welchen Frauen sie sich bei Bündnis90/Die Grünen identifizieren können. Akademiker der Boomer-Generation in Deutschland wissen, mit welchem Mann sie sich bei Bündnis90/Die Grünen identifizieren können. Arbeiterkinder, Nicht-Akademiker:innen und Ostdeutsche wissen das oft nicht. Das ist ein Problem.

Dieses Problem liegt auch darin begründet, dass Arbeiterkinder, Nicht-Akademiker:innen und Ostdeutsche oft durch innerparteiliche Codes und Gepflogenheiten früh erkennen, dass diese Eigenschaften bei Bündnis90/Die Grünen nicht breit vertreten sind. Wenn wir breitere Bevölkerungsgruppen erreichen wollen, müssen wir zeigen, dass diese Menschen bei uns auch innerparteilich etwas zu sagen haben.

2. Spezifisch ostdeutsche Themen regional stärker thematisieren

Ostdeutsche Themen sind neben Braunkohle und Aufarbeitung der SED-Diktatur beispielsweise auch die Vermögensungleichheit in Deutschland, die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Eliten der Bundesrepublik, das Schicksal von Firmen wie Kathi und Rotkäppchen, die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Polen und Tschechien oder die deutschlandweit einmalig große Dürregefahr in Ostdeutschland. Bislang spielen diese Themen bei uns eine zu kleine Rolle. Ost-Bündnisgrüne brauchen mehr Freiheit, um regionale Interessen nachhaltiger vertreten zu können.

3. Kulturelle und historische Identität stärken

Ostdeutsche Kreisverbände von Bündnis90/Die Grünen sind – ähnlich wie die Gesamtpartei – teils wenig mit den eigenen historischen Wurzeln in der DDR-Bürgerrechtsbewegung vertraut. Diese Wurzeln müssen wir stärken, wenn wir wachsen sollen. Ein gemeinsames

Madeleine Henfling, Luna Möbius, Paula Piechotta, Julia Schneider

bündnisgrünes Ostbewusstsein für unsere historischen Wurzeln in der DDR-Opposition und der Friedlichen Revolution wird immer noch positiv mit uns verbunden und muss Wurzel einer bewussteren ostgrünen Identitätsbildung sein. Dafür braucht es unter anderem mehr innerparteilichen Wissenstransfer.